**Finanzierung von Leistungen der Jugendhilfe
Vollzug des Sozialgesetzbuches Achtes Buch
Maßnahmenpaket zur Einsparung von 1,5 Mio. € in 2005**

hier: Familiäre Bereitschaftsbetreuung
Neuvereinbarung des Tagessatzes für Inobhutnahmen

Anmeldung

zur Tagesordnung der Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 17. Februar 2005

- öffentlicher Teil -

I. Sachverhalt

In der Sitzung vom 28.10.2004 stimmte der JHA der Neuvereinbarung der Fachleistungsstunde für ambulante Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Maßnahmenpaketes zur Einsparung von 1,5 Mio. € bei erzieherischen Hilfen und Krisenhilfen zu.

Im Tagesordnungspunkt wurde darauf hingewiesen, dass Verhandlungen mit den Fachkräften der Familiären Bereitschaftsbetreuung zur Neufestsetzung des Kostensatzes laufen. Diese sind jetzt abgeschlossen.

Die familiäre Bereitschaftsbetreuung hat sich –soweit nur zur Erinnerung - aus dem Säuglingsheim Imbuschstraße entwickelt.

Bei der vorläufigen Unterbringung von Kindern in familiärer Bereitschaftsbetreuung handelt es sich um eine Maßnahme des aktiven Kinderschutzes. Gesetzliche Grundlage ist entweder eine **Inobhutnahme** nach § 42 SGB VIII, (selten) eine Herausnahme aus einer Pflegestelle oder einem Heim nach § 43 SGB VIII oder - falls ein entsprechender Antrag der Personensorgeberechtigten vorliegt - eine spezielle Form der **Hilfe zur Erziehung** nach § 27 SGB VIII.

In familiärer Bereitschaftsbetreuung können in der Regel Kinder im Alter bis 3 Jahren in Obhut genommen werden. (Bei Geschwisterkindern muss mindestens 1 Kind unter 3 Jahre alt sein. Gezielte Einzelaufnahmen von älteren Kindern sind nach klaren Absprachen möglich).

Mit einem derzeitigen Tagessatz von 81,81 € ist Bereitschaftsbetreuung damit z. B. im Verhältnis zur stationären Unterbringung älterer Kinder in der Kindernotwohnung mit einem Tagessatz von 237 € vergleichsweise günstig.

Die Verwaltung des Jugendamtes hat mit den Fachkräften der Bereitschaftsbetreuung folgendes einvernehmliches **Ergebnis** erzielt:

Der neue Tagessatz beträgt 76,00 € je Belegtag und setzt sich wie folgt zusammen:

Entschädigung für professionelle Betreuung	21.450,00 €
Mietanteil	1.200,00 €
Allgemeiner Wirtschaftsbedarf	184,07 €
Sachaufwand	2.454,20 €
Sonderkosten Betreute	770,00 €
Bedarf Lebensunterhalt des Kindes	1.728,00 €
Jahreskosten gesamt	27.786,27 €
je Belegtag gerundet	76,00 €

Änderungen gegenüber dem laufenden Satz wurden an folgenden Stellen vorgenommen:

- Entschädigung für professionelle Betreuung - 1.470 €
- Mietanteil - 273 €
- Sonderkosten Betreute (analog stationären Hilfen) - 457 €
- Lebensunterhalt des Kindes + 144 €

Der Kostensatz soll zum 1. März 2005 mit einer Laufzeit von zunächst zwei Jahren in Kraft treten und gilt auch für zu diesem Zeitpunkt laufende Hilfen.

Alle vertraglichen Bedingungen der laufenden Vereinbarungen bleiben unberührt.

Der Kostensatz für Geschwisterkinder soll unverändert bei 50,00 € liegen, die Vergütung für Rufbereitschaftstage ebenfalls unverändert bei 15 € am Tag.

Ausgehend von den Belegtagen in Familiärer Bereitschaftsbetreuung in den Jahren 2003 (8410) und 2004 (5174) lässt sich mit der Neuvereinbarung des Tagessatzes ein **Einspareffekt** in einer Größenordnung von 35.000 € erwarten, wobei berücksichtigt ist, dass, wie im gesamten Bereich der Inobhutnahmen, die Belegtage in 2004 deutlich rückläufig waren.

Im Rahmen des Einsparauftrages in Höhe von 1,5 Mio € in 2005 wird eine Ausgabenreduzierung in der Inobhutnahme um 200.000 € angestrebt. Die Familiäre Bereitschaftsbetreuung würde bei gleichbleibenden Fallzahlen und gleicher Fallverteilung im Verhältnis zur stationären Inobhutnahme in Folge des reduzierten Tagessatzes knapp 1/6 des Einsparzieles erreichen.

Gegenstand der Verhandlungen war außerdem...

Pro und Contra: Zeitliche Staffelung des Tagessatzes

Die Verwaltung des Jugendamtes hatte bei der Neugestaltung des Tagessatzes auch geprüft, ob dieser in Abhängigkeit zur Dauer der Inobhutnahme der Höhe nach gestaffelt werden soll. In der Praxis hätte dies bedeutet, dass mit zunehmender Dauer einer Inobhutnahme der Tagessatz deutlich geringer wird. Für eine solche Staffelung spricht zunächst die Annahme, dass der Betreuungsaufwand gerade in der ersten Phase besonders hoch ist; zudem entspricht eine solche Staffelung dem grundsätzlichen Ziel, Inobhutnahmen so kurz wie möglich zu halten.

Allerdings sprechen andere gewichtige Gründe gegen eine zeitliche Staffelung des Kostensatzes: Nicht immer sind Inobhutnahmen vollständig in ihrem Verlauf durch den ASD steuerbar. So kommt es zu sehr langen Verweildauern, wenn familiengerichtliche Entscheidungen anhängig sind, oder Kinder, insbes. Geschwisterkinder auf Grund multipler Problemlagen schwer in Anschlusshilfen vermittelbar sind. In solchen Situationen würden gerade die Bereitschaftspflegefamilien finanziell benachteiligt, die besondere Belastungen bewältigen müssen. Wiederum würden Familien bevorteilt, die zufällig Kinder Inobhutnehmen, die schnell zurückgeführt oder weiter vermittelt werden können und die in Folge einer höheren Fluktuation den Tagessatz immer in voller Höhe erhalten. Nicht zuletzt, weil die Steuerungsverantwortung der ASD inne hat, wurde von einer zeitlichen Staffelung aus den genannten Gründen Abstand genommen.

Individuelle Vereinbarungen

Darüber hinaus hat die Verwaltung des Jugendamtes gegenüber den Fachkräften der Bereitschaftsbetreuung darauf hingewiesen, dass nach Ablauf des jetzt getroffenen Vereinbarungszeitraumes, also im März 2007 individuelle Vereinbarungen mit den Fachkräften nicht abgeschlossen werden. Mit einer solchen Individualisierung, wie sie im Bereich der teilstationären und stationären Hilfen zur Erziehung längst üblich ist und wie sie auch im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung ab 2007 angestrebt wird, soll im Hinblick auf die Ausgaben der Jugendhilfe durch einen gewissen Wettbewerb auf Anbieterseite eine weitere kostendämpfende Wirkung erreicht werden.

Die fachliche Weiterentwicklung der familiären Bereitschaftsbetreuung

erfolgt seit Sommer 2004 durch eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der beteiligten Sachgebiete und Abteilungen des Jugendamtes und des ASD. Zum Wohl der Kinder und im Interesse der beteiligten Familien (Herkunftsfamilie und Bereitschaftsbetreuungsfamilie) wird angestrebt, die Verfahren der Inobhutnahme bei familiärer Bereitschaftsbetreuung weiter zu optimieren und hierdurch die Verweildauern zu verkürzen. Dies wirkt sich auch kostenreduzierend aus. Neben der Überarbeitung der fachlichen Standards ist die Arbeitsgruppe beauftragt, konzeptionelle Erweiterungen der FBB zu prüfen (z. B. FBB für ältere Kinder und Jugendliche). Die dann mit den Fachkräften der Bereitschaftsbetreuung abgestimmten Ergebnisse werden dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgestellt.

II. Beilagen

keine

III. Beschlussvorschlag

siehe Beilage

IV. Herrn OBM

V. Herrn Ref. V

Am
Referat V